



Der Landkreis

Zeitschrift für kommunale Selbstverwaltung

82. Jahrgang

April 2012



**Verantwortung der Landkreise für neue
Infrastrukturen im ländlichen Raum**

Regionale Energiepotenziale in den nordrhein-westfälischen Kreisen

Erste Ergebnisse der Fragebogenerhebung des Landkreistages Nordrhein-Westfalen „Kommunale Energiestrategien 2020“

Von Birgit Essling, Brüssel

Die Europäisierung und Ökonomisierung der Energiepolitik, die deutlich gestiegenen Energiepreise und die Energiewende in Deutschland stehen im Mittelpunkt der energiepolitischen Diskussion. Es sind neue strategische Akteursbündnisse entstanden, deren Werthaltungen und Einflusspotenziale die Akzeptanz für Stromerzeugungskonzepte aus dem Bereich erneuerbare Energien maßgeblich positiv beeinflussen und auch für eine umfassende Beteiligung der Öffentlichkeit sorgen. Wir stehen an der Schwelle zu einer allgemein anerkannten Schlüsseltechnologie auf der Basis erneuerbarer Energien und damit vor einer umfassenden Transformation des gesamten Energiesystems hin zu einer klimaneutralen Stromversorgung. Die Europäische Kommission hat die technologie- und industriepolitische Relevanz erneuerbarer Energien erkannt und formuliert heute das Zieldreieck Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit für die EU. Ob es also um die Energiestrategie „Energie 2020“, eine CO₂-arme Energieversorgung oder um energiewirtschaftliche und beschäftigungspolitische Aspekte geht, im Zentrum aller Überlegungen steht die Konkretisierung innovativer und nachhaltiger Maßnahmen vor Ort – auf regionaler und lokaler Ebene.

Im Mai 2011 hat der Landkreistag Nordrhein-Westfalen die Kreise zu den „Regionalen Energiepotenzialen in den nordrhein-westfälischen Kreisen“ befragt und damit eine Bestandsaufnahme zur regionalen Energiewirtschaft und Energiepolitik vorgenommen. Der Fragenkatalog hat Gelegenheit geboten, neben der Beantwortung der Fragen auch ein bis zwei Projekte des jeweiligen Kreises darzustellen. Der Rücklauf von 100 % verdeutlicht den Stellenwert, den die nordrhein-westfälischen Kreise dem Thema Energie entgegenbringen. Mehr als 50 Beispielprojekte aus den nordrhein-westfälischen Kreisen verdeutlichen die besondere Rolle der NRW-Kreise bei den energiepolitischen Aktivitäten auf lokaler Ebene. Der ländliche Raum und hier die Kreisverwaltungen in NRW befördern aktiv die Verzahnung von nachhaltigen und zukunftsorientierten Energieversorgungskonzepten auf kommunaler Ebene. Die Ergebnisse der Fragebogenerhebung belegen, dass immer ein Mittelfluss erforderlich ist, ob Konjunkturprogramme oder Förder- bzw. Projektmittel, damit sich Aktivitäten entfalten können.

Die gesamten Ergebnisse sind ab Mitte März 2012 vollständig ausgewertet und un-

ter www.lkt-nrw.de abrufbar. Schon jetzt ist absehbar, dass die nordrhein-westfälischen Kreise ihre spezifischen Eigenarten und lokalen Facetten mit individuellen Aktionsplänen und Leitbildern rund um das Thema Energiewende, erneuerbare Energie und Energieeffizienz angehen und lösen. Ferner belegt die Untersuchung, dass die Kreise und die kreisangehörigen Kommunen schon seit vielen Jahren vorbildlich im Energiebereich aktiv sind, trotz oder vielleicht gerade wegen der sehr unterschiedlichen Ausformung des ländlichen Raums in Nordrhein-Westfalen (von eher agrarisch geprägt über stark mittelstandsgeprägt bis hin zu naturgeprägt). Diese Vielfalt muss bei der Formulierung von Prioritäten in der zukünftigen Förderperiode 2014-2020 berücksichtigt werden.

Bestandserfassung und Potenzialanalysen

Bei gut einem Drittel der Kreise in Nordrhein-Westfalen ist eine Bestandserfassung des gesamten Energieverbrauchs vorhanden und weitere Kreise befinden sich derzeit in der Planungsphase für eine Bestandserfassung. Damit werden in naher Zukunft fast 70 % der nordrhein-westfälischen Kreise über eigene Energiedaten verfügen. Allen gemein ist die Bestandserfassung der Strom- und Wärmedaten. Sehr unterschiedlich ist der Detaillierungsgrad der Bestandserfassungen. Eine Potenzialanalyse für den Ausbau erneuerbarer Energien lag zum Zeitpunkt der Befragung im Sommer 2011 in 32 % der Kreise vor, weitere 34 % befinden sich in der Planungs- bzw. Vorbereitungsphase. Basis für eine praxistaugliche Umsetzung sind die Bereitstellung von Informationen, definierte ganzheitliche regionalplanerische Vorgaben und Anreize sowie Lösungsansätze für Zielkonflikte wie z.B. erneuerbare Energien und Flächenverbrauch/Umweltverträglichkeit. Die Ergebnisse bereits erstellter Potenzialanalysen zeigen, dass im ländlichen Raum beachtliche Möglichkeiten bestehen.

European Energy Award

2011 feierte der „European Energy Award“ (eea) sein zehnjähriges Bestehen. Das System wurde ursprünglich als Instrument für Städte und Gemeinden entwickelt. Seit der erfolgreich abgeschlossenen Pilotphase mit den nordrhein-westfälischen Kreisen Gü-

tersloh, Rheinisch-Bergischer Kreis, Steinfurt und Warendorf können seit 2010 auch Kreise an dem Verfahren teilnehmen. Der Kreis Lippe und der Oberbergische Kreis nutzten die Chance einer Teilnahme direkt nach der Pilotphase. Ziel des „eea“ ist es, die Qualität der Energieerzeugung und -nutzung in einer Kommune oder einem Kreis zu bewerten, regelmäßig zu überprüfen und Potenziale zur Steigerung der Energieeffizienz zu erschließen. Damit bietet der „eea“ die Basis für eine strukturierte, kontinuierliche und nachhaltige Energie- und Klimaarbeit.

Zum Zeitpunkt der Befragung beteiligten sich rund 42 % der nordrhein-westfälischen Kreise am „eea“. Insgesamt nehmen derzeit 105 von 396 Städten und Gemeinden am „eea“ teil. Dies ist eine der höchsten Beteiligungen in der EU. Damit liegt das Bundesland Nordrhein-Westfalen an der Spitze in Deutschland und Europa. Das Ergebnis zeigt, dass die Kommunen und Kreise in Nordrhein-Westfalen an der Mitgestaltung der Energiewende teilhaben und dabei durchaus eine Vorreiterrolle in der EU einnehmen.

Politische Beschlüsse zur Steigerung der Energieeffizienz und der klimafreundlichen Energieerzeugung

Politische Beschlüsse zu Energie- und Klimaschutzfragen liegen in den nordrhein-westfälischen Kreisen nahezu flächendeckend vor. Diese Beschlüsse befassen sich mit der Aufstellung von Klimaschutzkonzepten und Sanierungsmaßnahmen im Bereich kommunaler Gebäude und bringen oftmals ein energiepolitisches Leitbild hervor. Die Ergebnisse belegen, dass die Durchsetzung von energie- und klimapolitischen Maßnahmen grundsätzlich leichter ist, wenn die politische Rückendeckung durch einen Beschluss zur Umsetzung vorliegt.

Entscheidungsfindungen auf allen Ebenen, ob global, national, kommunal, lokal oder gar stadtteil- bzw. quartierspezifisch, sind mehr oder weniger mühsam erarbeitete Resultate politischer Reflexions- und Diskussionsprozesse. Politik, Bürger, Initiativen, Institutionen, also insgesamt die demokratische Teilhabe, braucht an der Basis gefasste Beschlüsse, die eine Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen effizient und nachhaltig ermöglichen. Die baulichen Maßnahmen an kommunalen Gebäuden entspringen vielfach Geldern des Konjunkturpakets II. Durch diese finanziellen Anreize,

verbunden mit einer einfachen Handhabung aufgrund der Entscheidungshoheit für eigene Gebäude, werden zahlreiche Energie- und Klimaschutzmaßnahmen in den Kreisen umgesetzt. Insgesamt existieren in den nordrhein-westfälischen Kreisen viele individuelle Projekte, die aus lokalen Begebenheiten erwachsen sind und durch politische Beschlüsse weiterentwickelt wurden.

Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz bei kommunalen Gebäuden

Das Konjunkturpaket II, welches von der Bundesregierung im Januar 2009 beschlossen wurde, förderte noch bis Ende 2011 Projekte. Insbesondere der Beschluss 1: „Zukunftsinvestitionen der öffentlichen Hand“ und der Beschluss 2: „Beschleunigung von Investitionen durch Vereinfachung des Vergaberechts“ haben einen großen Wirkungsgrad für die nordrhein-westfälischen Kreise gezeigt.

Die Auswertung der Fragebögen zeigt, dass – mit Ausnahme von zwei sich noch in der Planung befindlichen Kreisen – in ganz Nordrhein-Westfalen konkrete Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz bei kommunalen Gebäuden durchgeführt werden. Im Wesentlichen erfolgt eine umfangreiche Sanierung kreiseigener Gebäude zur Steigerung der Energieeffizienz. Schwerpunkte der Arbeiten sind neben der Fassaden- und Dachdämmung und dem Austausch von Fenstern und Türen die Erneuerung der Beleuchtungstechnik und die Nachrüstung von hocheffizienter Lüftungstechnik sowie die Umstellung der Heizsysteme auf Biomassefeuerung oder Fernwärme. Die Maßnahmen konnten von den Kreisen insbesondere deshalb zügig umgesetzt werden, da entsprechende Mittel verfügbar waren (Finanzierung: 75 % Bund und 25 % Land aus dem Konjunkturpaket II). Bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen zum Ausbau der erneuerbaren Energien sind fast alle nordrhein-westfälischen Kreise aktiv. Insgesamt setzen 87 % der Kreise Maßnahmen um. Viele Kreise sind sich ihrer Vorbildfunktion beim Ausbau der regenerativen Energien bewusst. Ein Anreiz zum Betrieb entsprechender Anlagen ist oftmals die zugesicherte Einspeisevergütung, welche die Rentabilität gewährleistet. Fast alle Kreise richteten auf kommunalen Liegenschaften oder Gebäuden Fotovoltaikanlagen. 42 % der Kreise nutzen insbesondere den Ausbau des Energieträgers Biomasse in seinen vielfältigen Formen. 26 % nutzen Erdwärme zur Beheizung von kreiseigenen Gebäuden. In über 50 % der nordrhein-westfälischen Kreise gibt es Maßnahmen zum Ausbau von erneuerbaren Energien, z.B. durch Anreizprogramme oder Online-Angebote.

Förderung der Elektromobilität

Derzeit gibt es in vier Kreisen (Ennepe-Ruhr, Düren, Lippe, Steinfurt) und der Städtere-

gion Aachen konkrete Programme/Maßnahmen zur Förderung der Elektromobilität. Der Märkische Kreis, der Oberbergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis und der Kreis Unna planen ihr Engagement. Es ist deutlich, dass das Thema Elektromobilität immer mehr an Bedeutung gewinnt.

Öffentlichkeitsarbeit

Über 60 % der nordrhein-westfälischen Kreise führen regelmäßig Maßnahmen in Form von Bürgerberatungen, Infobroschüren, Internetpräsenz sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit durch. Weitere 16 % planen diese Aktivitäten. Damit bewerten nahezu 80 % der Kreise die mediale Dimension als sehr bedeutsam. Die Auswertung zeigt signifikant, dass die Kreise, die eine aktive Energiearbeit betreiben, auch eine äußerst umfassende und gezielte Informations-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ausüben. Hierbei werden Print- und Online-Medien sowie Fachforen und Informationsveranstaltungen gleichermaßen verwendet, um die entsprechenden Reichweiten herzustellen.

Energiepolitische Rolle der Kreise

96 % der Kreise haben eine Einschätzung zur ihrer energiepolitischen Rolle getroffen. Bei der Einschätzung waren Mehrfachnennungen möglich. Zusammenfassend sehen sich die Kreise in ihrem energiepolitischen Rollenverständnis im Wesentlichen als Moderatoren (80 %), Initiatoren (74 %) und als Koordinierungsstelle (73 %). Die Rolle als Berater wird bei 48 % der Kreise genannt. Die Einstufungen belegen, dass fast alle Kreise in Nordrhein-Westfalen eine energiepolitische Rolle wahrnehmen, sei es von der „reinen“ Gesprächs- und Diskussionsmoderation bis hin zu Kreisen, die innerhalb von Netzwerken langfristige Strategien maßgeblich mitentwickeln und -gestalten.

Über 70 % der nordrhein-westfälischen Kreise arbeiten in überregionalen Projekten zusammen. Bei den gemeinsamen Projekten handelt es sich oftmals um eine Fortsetzung der Zusammenarbeit in der Strukturpolitik, um gemeinsame Ziele der Region zu verfolgen.

Kommunale Energieprojekte und ihre Relevanz in Europa

Viele kommunale Energie-Projekte belegen, dass es einer regional und lokal angepassten Strategie bedarf. Dies ist das Erfolgsgeheimnis und kommt letztlich der Energieeffizienzsteigerung und dem globalen Klimaschutz zugute. Denn z.B. sind nicht alle technisch möglichen Sanierungsmaßnahmen bei allen Gebäuden auch sinnvoll. Die Kommunen haben im Bereich des Klimaschutzes schon lange eine Vorreiter- und Vorbildfunktion und sind sich dessen auch bewusst. Dies hat die Befragung des Landkreistages Nordrhein-Westfalen gezeigt.

Viele Kommunen setzen sich sehr ambitionierte Energieeffizienzziele. Diese gehen von einer vollständigen Energieautarkie bis zum Jahre 2050 aus und reichen bis zur Null-Emission-Kommune.

Nach der Skizzierung des europäischen Vorgehens zur Verbesserung der Energieeffizienz im Energieeffizienzplan 2011 hat die Europäische Kommission im Juni 2011 einen Vorschlag für eine neue Richtlinie des Europäischen Parlaments und Rates zur Energieeffizienz vorgelegt. Darin hat die Europäische Kommission eine Vielzahl verbindlicher Maßnahmen zur Erreichung des angestrebten 20 %-Primäreinsparungsziels bis zum Jahre 2020 vorgeschlagen. Die Richtlinie soll die bestehenden Richtlinien für Energiedienstleistungen und Kraft-Wärme-Kopplung (Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG) ersetzen.

Zurzeit wird der Vorschlag im EU-Parlament und Rat verhandelt. Der Vorschlag der Kommission enthält eine Fülle von verbindlichen Vorgaben und Regelungen, die – auch vor dem Hintergrund des Subsidiaritätsprinzips – einer kritischen Betrachtung unterzogen werden müssen. Insbesondere zwei Punkte tangieren die Kommunen direkt und in erheblicher Weise, die verbindliche Sanierungsquote für öffentliche Gebäude und die verbindliche Einsparungsquote im Endkundengeschäft der Energieverteiler, also auch der kommunalen Stadtwerke.

Unbestritten ist die weltweite Klimaproblematik. Energie sparen ist wichtig. Denn zum einen ist Energie teuer und zum anderen müssen die CO₂-Emissionen gesenkt werden. Richtig ist auch, dass die angestrebten Energieeffizienzziele nur durch gemeinsame Anstrengungen von öffentlicher Hand, privaten Haushalten und Unternehmen erreicht werden können. Ob allerdings die vorgeschlagenen verbindlichen Vorgaben für die öffentliche Hand den richtigen Weg weisen, ist sehr fraglich.

Ferner darf die Wirtschaftlichkeit und Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen vor dem Hintergrund der leeren öffentlichen Kassen und der Wirtschaftskrise nicht bei der Betrachtung ausgeklammert werden. Eine solche verbindliche Vorgabe stellt einen massiven Eingriff in die finanziellen Spielräume der kommunalen Selbstverwaltung dar, überfordert viele Kommunen finanziell und führt dadurch unweigerlich zur Handlungsunfähigkeit und einem Konflikt bei der Erfüllung anderer öffentlicher Aufgaben. ■

Birgit Essling, Landkreistag
Nordrhein-Westfalen, Leitung
EU-Verbindungsbüro Brüssel